REGIONALBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Dezember 2015

Lateinamerika und die COP21

Klimawandel spürbar

Lateinamerika ist zu einem traurigen „Hotspot“ der unterschiedlichsten Auswirkungen des Klimawandels geworden. Aus der energiepolitischen Sicht sind dabei vor allem die Auswirkungen durch Trockenheit von großer Relevanz, da eine Konsequenz des globalen Klimawandels Wassermangel sein kann. Für Lateinamerika, das einen bedeutsamen Anteil seiner Stromversorgung aus Wasserkraftwerken erschließt, erfolgt daraus eine ernstzunehmende regionale Energieknappheit. Prominentes Beispiel hierfür ist derzeit Region Sao Paulo in Brasilien.

Darüber hinaus sind die Andengletscher u. a. in Bolivien betroffen, die zum Teil schon fast vollständig verschwunden sind bzw. besonders schnell schmelzen. Für die Menschen in der Andenregion ergibt sich daraus nicht nur die Gefahr einer Trinkwasserknappheit, sondern auch ein langfristig negativer Effekt für die Energiesicherheit durch regionale Wasserkraftwerke. Wasserknappheit kann sich zudem auf die landwirtschaftliche Produktion in Lateinamerika auswirken und damit Einkommensrisiken schaffen. Natürliche Wetterereignisse wie Hurrikans fallen zudem extremer und häufiger aus.

Lateinamerika besitzt auch eine einzigartige Biodiversität, wie die Korallenriffe in der Karibik oder der Amazonas-Regenwald. Der Klimawandel bedroht diese natürlichen Ressourcen. Biodiversität besitzt eine besondere Relevanz für den Klimawandel. So ist der Amazonas ein wichtiges Waldgebiet, das als natürliche CO2-Senke dient. Seine geografische Ausprägung ist dabei so gewaltig, dass er eine globale Klimaschutzfunktion einnimmt. Die Abholzung des Amazonas erhält dadurch eine globalpolitische Dimension.

Akteure und Politik

Lateinamerika spielt mit Blick auf die internationale Klimapolitik eine besondere Rolle. In Rio de Janeiro fand 1992 der globale Nachhaltigkeitsgipfel statt, aus dem letztlich die jährlichen Klimaverhandlungen hervorgegangen sind. Aber auch in den vergangen Jahren fanden wichtige Verhandlungen in Lateinamerika statt. So wurden 2010 in Mexiko die schwierigen Klimaverhandlungen im Nachgang an die gescheiterten Verhandlungen in Kopenhagen durchgeführt. Mexiko gelang es dabei als Gastgeber den Verhandlungen neuen Schwung zu verleihen. 2015 fanden die Verhandlungen dann in Lima, Peru statt, die wiederum den Weg für Paris ebneten.

Innerhalb Lateinamerikas ist die multilaterale Klimapolitik von großer Bedeutung. Nicht nur weil die gegenwärtige Generalsekretärin der UNFCCC, *Christina Figueres*, Costa Ricanerin ist und der aus Argentinien stammende Papst kürzlich mit seiner Umwelt-Enzyklika auf den Klimawandel aufmerksam machte, sondern weil sich zahlreiche lateinamerikanische Staaten in den unterschiedlichsten Gruppierungen der multilateralen Klimaverhandlungen einbringen.

Die ALBA-Gruppe, eine Allianz bestehend aus mehrheitlich links-sozialistisch geführten Staaten wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador, vertritt hierbei die Position, dass es die heutigen westlichen Industrieländer sind, die die Verantwortung für den Klimawandel tragen. Diese sollten deshalb zunächst einmal ihre eigenen Energieversorgungssysteme klimafreundlich gestalten, bevor sie die Entwicklungsländer dazu auffordern. Überspitzt wird diese Positionierung mit einer fundamentalen Kapitalismuskritik.

Die Frage der Verantwortung für den Klimawandel ist auch heute noch ein zentrales Thema in der Klimapolitik und hat in den vergangenen Jahren oft zu Blockaden geführt. Vor allem die Schwellenländer sind dabei jüngst in den öffentlichen Fokus geraten. Sie tragen heute bedeutsam zu den globalen CO2-Emissionen bei, wodurch ihre multilaterale Einbindung für ein globales Abkommen eine wesentliche Voraussetzung darstellt. Brasilien engagiert sich vor diesem

Konrad Adenauer Stiftung

Hintergrund in der BASIC-Gruppe zusammen mit Südafrika, China und Indien. Die Grundposition dieser Gruppe zielt auf freiwillige Klimaschutzverpflichtungen ab, wie sie von diesen Staaten auch schon umgesetzt werden. Die Hauptlast sehen sie aber bei den westlichen Industriestaaten.

Mexiko als zweites großes Schwellenland in Lateinamerika engagiert sich im Rahmen der *Environmental Integrity Group* zusammen mit Liechtenstein, Monaco, Südkorea und der Schweiz. Mexiko positioniert sich damit in einer Art Brückenfunktion zwischen Schwellen- und Industrieländern.

Eine weitere wichtige lateinamerikanische Gruppe ist die *Independent Association of Latin America and the Caribbean (AILAC).* Ihre Mitglieder sind Kolumbien, Peru, Chile, Costa Rica, Guatemala, Dominikanische Republik und Panama. Diese Gruppe geht progressiv und als eigenständiger Block bei den multilateralen Klimaverhandlungen voran. Sie sieht die Herausforderungen im Umgang mit den Auswirkungen und der Vermeidung des Klimawandels als eine Aufgabe, an der alle mitwirken sollten. Sie versucht damit eine Brücke zu den Industrieländern zu schlagen, indem sie sich selbst auch in die Pflicht nimmt.

Themen

Neu im Vergleich zu den Verhandlungen der vergangenen Jahre sind die Veröffentlichungen freiwilliger Klimaschutzmaßnahmen (*Intended Nationally Determined Contributions, INDCs)* im Vorfeld der Klimaverhandlungen in Paris Ende dieses Jahres. Die Hoffnung ist, dass auf dieser Informationsgrundlage die Verhandlungen leichter und vor allem transparenter werden. Gegenwärtig umfassen, die 131 eingereichten INDCs ca. 91,1 Prozent der globalen Emissionen.[1] In Lateinamerika haben sich nahezu alle Staaten daran beteiligt. Eine prominente und vielleicht nicht wirklich verwunderliche Ausnahme ist Venezuela.

Mexiko war der erste Staat, der mit einer ambitionierten INDCs vorangeschritten ist und damit vielleicht auch einen gewissen politischen Sog auf andere lateinamerikanische Staaten entfalten konnte. Ein echter Vergleich der INDCs zwischen den Staaten, um bspw. die verschiedenen Ambitionsniveaus zu ermitteln, ist jedoch nicht anzustellen, da die Ziele kaum vergleichbar sind und die Umsetzung sehr verschieden ausfällt. So will Mexiko seine Treibhausgasemission bis 2030 um 25 Prozent reduzieren. Als Referenzwert wird dafür ein *Business As Usual*-Szenario angenommen. Brasilien will hingegen bis 2025 seine Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 2005 um 37 Prozent reduzieren.

Einen besseren Einblick auf die Positionierungen hinsichtlich der COP21 in Paris geben jedoch die Diskussionen, die rund um die Entwicklung der nationalstaatlichen INDCs aber auch anderer Klimaverpflichtungen stattgefunden haben. So ist für Costa Rica das Thema Waldschutz von besonderer Bedeutung. Es setzt sich dabei für einen multilateral verankerten UN-REDD-Mechanismus (*Reducing Emissions from Deforestation and forest Degradation*) ein. Der Gedanke dahinter ist, eine monetäre Entlohnung für Waldschutz zu implementieren, der wiederum dem Klimaschutz zu Gute käme. Brasilien lehnt diesen Ansatz hingegen ab. Es befürchtet eine zu starke Einmischung in seine nationale Waldpolitik.

Auch das Thema Akzeptanz stellte bei der der Entwicklung der nationalen INDCs ein wichtiges Themenfeld dar. Insbesondere in Chile und Uruguay gab es umfassende fachliche und öffentliche Anhörungen sowie Konsultationen, um ein höchst mögliches Maß an Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen zu erzielen.

Ein weiteres Themenfeld ist die Klimafinanzierung. Ab 2020 sollen jährlich global 100 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, um damit die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels sowie seiner Vermeidung zu bezahlen. Die Finanzierung soll weites gehend von den westlichen Industriestaaten übernommen werden. In Lateinamerika haben darüber hinaus Staaten wie Peru, Chile, Kolumbien oder Mexiko ebenfalls angekündigt, sich an dem Fonds zu beteiligen. Hieraus erwächst eine politische Bereitschaft zur Übernahme von mehr Verantwortung.

Risiken

Die Ankündigung von politischen Zielen und deren tatsächliche Umsetzung ist in Lateinamerika keine zwingende Folge. Die Antizipation der Umsetzung der zuvor veröffentlichten Klimaschutzziele, bspw. im Rahmen der INDCs, ist deshalb mit einer gewissen Vorsicht zu bewerten.

[1] CAIT Global Data Explorer, http://cait.wri.org/indc [16.11.2015].

Ein wesentliches Risiko für die Klimapolitik stellt auch die derzeitige ökonomische Entwicklung dar. In Brasilien bspw. verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum gegenwärtig und Investitionshemmnisse sind zu beobachten. Eine Entwicklung die auch in anderen lateinamerikanischen Staaten zu beobachten ist. Grundsätzlich könnte diese Entwicklung dazu führen, dass Klimapolitik in Lateinamerika als zu teuer wahrgenommen wird und deshalb politisch weniger Gewicht findet. Hinzu kommen die niedrigen Ölpreise, die die Erneuerbaren Energien relativ teurer werden lassen. Insbesondere in Brasilien und Mexiko gibt es zudem umfassende Pläne für Investitionen in fossile Energieträger.

Insgesamt stehen die Risiken für eine langfristige Klimapolitik in Lateinamerika auch in einem Verhältnis zum Ergebnis der Klimaverhandlungen Ende dieses Jahres in Paris. Gelänge es in Paris ein Abkommen zu verabschieden, das glaubhaft den Herausforderungen des Klimawandels entgegentritt, dann würden viele lateinamerikanische Staaten vermutlich auch ernsthaft daran mitwirken und weiteres freiwilliges Engagement aufbringen.

Konrad Adenauer Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Dr. Christian Hübner,
Leiter Regionalprogramm
Energiesicherheit und
Klimawandel Lateinamerika (EKLA)

Calle Cantuarias 160, Oficina 202,
Miraflores, Lima 18, Perú
Tel. +51 1 320 2870,
Energie-Klima-la@kas.de,
www.kas.de/energie-klima-
lateinamerika/